



Ausschreibungsbestimmungen des Auftraggebers

1. Auskünfte

Von der Vollständigkeit der Vergabeunterlagen hat sich jeder Bewerber selbst zu überzeugen.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Alle Fragen, die mit der Ausschreibung in Zusammenhang stehen, können bis zur angegebenen Frist schriftlich über den **Vergabemarktplatz Brandenburg** gestellt werden. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Je nach Problematik und Umfang erfolgt eine schriftliche Antwort. Klarstellungen und Informationen, die für alle Bewerber von Bedeutung sind, werden über den Vergabemarktplatz Brandenburg veröffentlicht und zugänglich gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Bieter, auch welche sich nicht hinsichtlich dieses Verfahrens auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg registriert haben, sich selbstständig über geänderte Unterlagen und weitere dort eingestellte Informationen unterrichten müssen. Sämtliche veröffentlichte Konkretisierungen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Behauptete Verstöße gegen Vergabevorschriften sind spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber der Vergabestelle zu rügen.

2. Angebote und deren Einreichung

Dem Angebot liegen die in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes und den Vergabeunterlagen mitgeteilten Bedingungen zugrunde. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) werden Vertragsbestandteil.

Bitte beachten Sie die Zusammenstellung der einzureichenden Unterlagen als Anlage zu diesem Schreiben.

Falls Sie bereit sind, die Leistung zu übernehmen, können Sie Ihr Angebot **elektronisch über den Vergabemarktplatz Brandenburg** und das dort zur Verfügung stehende Bietertool abgeben. Angebote per E-Mail oder Fax werden nicht akzeptiert.

Für die elektronische Abgabe brauchen die Dokumente nicht ausgedruckt, handschriftlich ausgefüllt/unterschrieben und wieder eingescannt zu werden. Das Ausfüllen der vorgegebenen Formularfelder reicht aus. Die für das elektronische Angebot verwendete Signatur

oder Textform (Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt) gilt für alle enthaltenen Angaben/Erklärungen bzw. für alle Dokumente (sog. Container-Signatur). Hinweise/Hilfestellungen zur Abgabe elektronischer Angebote finden Sie unter: <https://www.havel-land.de/landkreis-verwaltung/verwaltung/haupt-und-personalamt/ausschreibungen/e-vergabe/>

Voraussetzung für eine erfolgreiche Übermittlung ist eine aktuelle Version des VMP-ÜbergabETOOLS. Elektronische Angebote sollten rechtzeitig übermittelt werden, um im Falle von technischen Störungen noch vor Ablauf der Teilnahmefrist reagieren zu können, ggf. unter Einbeziehung des für den Vergabemarktplatz zuständigen Support-Centers (support@cosinex.de). Eine Online-Hilfe steht unter www.support.cosinex.de zur Verfügung.

Auf dem Vergabeportal sind aktuell nachstehende Größenbeschränkungen vorhanden:

- Pro Datei gibt es eine Limitierung von 50 MB.
- Pro Dokumentengruppe (z.B. „vom Unternehmen auszufüllende Dokumente“) gibt es eine Begrenzung auf maximal 250 MB.
- In einer Kommunikationsnachricht gibt es ebenfalls eine Begrenzung pro Datei auf 50 MB sowie insgesamt 250 MB pro Nachricht.

Eine Anleitung für Bieter zur Abgabe eines elektronischen Angebotes ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen oder Rücknahmen von Angeboten sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Danach sind die Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an ihr Angebot gebunden.

Soweit Erläuterungen zur Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, kann der Bieter sie auf gesonderter Anlage unter Bezugnahme auf das entsprechende Dokument und die jeweilige Nummerierung beifügen. Auf die Anlagen ist geeignet hinzuweisen.

Mit der Angebotsabgabe unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 46 UVgO. Das Angebot ist nicht berücksichtigt worden, wenn bis zum Ablauf der Bindefrist keine Auftragserteilung erfolgt ist.

3. Eignung des Bieters

Der Auftrag wird ausschließlich an einen fachkundigen und leistungsfähigen Bieter vergeben, der nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen worden ist.

Zur Beurteilung dieser Kriterien und Feststellung der Eignung sind mindestens erforderlich:

Mit dem Angebot einzureichen:

Persönliche Lage	
<u>Angaben zum Unternehmen:</u> Name , Rechtsform, vertretungsberechtigte Personen, Geschäftsfelder	Formblatt „Eigenerklärung zu §§ 44, 45 VgV“
Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister	Formblatt „Eigenerklärung zu §§ 44, 45 VgV“

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff. GWB	Formblatt „Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“
Ggf. Eigenerklärung, ob als Bietergemeinschaft angeboten wird (sofern zutreffend)	Formblatt „Bietergemeinschaftserklärung“
Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
<u>Angaben zur Haftpflichtversicherung:</u> Der Auftragnehmer garantiert, dass er spätestens zu Beginn des Leistungszeitraumes eine Betriebshaftpflichtversicherung von einem für den Geschäftsbetrieb in Deutschland zugelassenen aufweist.	Formblatt „Eigenerklärung zu §§ 44, 45 VgV“
Ggf. Erklärung, ob Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) in Anspruch genommen werden (sofern zutreffend)	Formblatt „Eigenerklärung zum Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe“
Technische Leistungsfähigkeit	
Referenzen nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV: Der Bieter benennt mindestens drei geeignete Referenzen, bei denen vergleichbare Leistungen (Art und Umfang; möglichst mit Bezug zur Leistungsbeschreibung) erbracht wurden.	Formblatt "Eigenerklärung zu Referenzen" (Je Referenz 1 x auszufüllen!)
Ggf. Erklärung, welche Teile des Auftrags der Bieter als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und ob ggf. Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) in Anspruch genommen werden (sofern zutreffend)	Formblatt „Eigenerklärung zum Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe“

Auf Anforderung einzureichen:

Bieter	
Ggf. Eigenerklärung, ob als Bietergemeinschaft angeboten wird (sofern zutreffend)	Formblatt „Bietergemeinschaftserklärung“
Unterauftragnehmer	
Ggf. Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zur Unterauftragnehmereinsatz / Eignungsleihe (sofern zutreffend)	Formblatt „Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmereinsatz / Eignungsleihe“
Ggf. Eignungsnachweise des Nachunternehmers (es gelten die gleichen Eignungsnachweise wie für den Bieter) (sofern zutreffend)	entsprechende Formblätter (siehe oben)

Hinweis zur Präqualifizierung:

Anstelle der geforderten gängigen Eigenerklärungen/Nachweise (z. B. Eintragung ins Berufs-/Handelsregister, Nichtvorliegen von Ausschlussgründen etc.) wird auch ein Zertifikat über die Eintragung in das bundesweite Präqualifizierungsregister PQ-VOL oder eine aktuelle Bescheinigung des Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisses (ULV) der Auftragsberatungsstelle Brandenburg anerkannt. Die Zertifikatsnummer bzw. die ULV-Registrierungsnummer ist mit dem Angebot anzugeben.

Auftragsbezogene Forderungen (z. B. Referenzen), sind von der Präqualifizierung nicht genauso - wie verlangt - erfasst und entsprechend ergänzend einzureichen.

Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe:

Ein Bewerber oder Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber oder Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Ein Bewerber oder Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Wenn Sie beabsichtigen, in Bezug auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe nach § 47 VgV) in Anspruch zu nehmen, sind diese Unternehmen zusammen mit den jeweiligen Eignungsanforderungen zu benennen. Hierfür ist der entsprechende Abschnitt im Formular „Eigenerklärung zum Unterauftragnehmereinsatz“ auszufüllen.

4. Bewertungsvorgehen

Bei ordnungsgemäßigem, vollständigem Vorliegen der geforderten Unterlagen und erwiesener Eignung sowie Erfüllung der Mindestanforderungen erfolgt der Zuschlag auf das für den Landkreis Havelland wirtschaftlichste Angebot.

Der Gesamtpreis, der für die Wirtschaftlichkeitsberechnung herangezogen wird, ergibt sich aus dem Preis für die Erstellung und Anpassung der Landkreis-App sowie der jährlichen Kosten für den Betrieb der App.

In diesem Zusammenhang werden Preisnachlässe mit Bedingungen für die Zahlungsfrist (Skonti) im Rahmen der Angebotswertung nur berücksichtigt, wenn die Zahlungsfrist mindestens 14 Kalendertage beträgt. Wird ein Angebot mit Skontoabrede angenommen, in dem vom Bieter eine kürzere Frist vorgesehen ist, gilt die Skontoabrede dennoch als vereinbart.

Sofern sich der angebotene Preis auf Grund einer Prüfung nach der Verordnung PR Nr. 30/53 als unzulässig erweist, gilt für einen Auftrag der preisrechtlich zulässige Preis.

5. Ergänzende Vergabebedingungen

Seit dem 1. Januar 2012 gilt das Brandenburgische Vergabegesetz (BbgVergG). Dieses verlangt bei geschätzten Auftragswerten von mehr als 5.000,- Euro netto insbesondere die Einhaltung eines Mindestlohnes von inzwischen 13,00 Euro/Stunde und die Durchführung von Kontrollen durch die Vergabestellen. Ein Auftrag wird demnach nur an einen Bieter vergeben, der sich gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, seinen Beschäftigten, die zur Erfüllung der Leistungen des Auftrages eingesetzt werden, ein Arbeitnehmerbruttoentgelt von mindestens 13,00 Euro je Arbeitsstunde zu bezahlen.

Bei der Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer oder der Beauftragung eines Verleihers von Arbeitskräften hat der Auftragnehmer die Vereinbarung zwischen dem Bieter / Auftragnehmer / Nachunternehmer / Verleiher von Arbeitskräften und einem (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz des Vergabehandbuchs VHB Bbg zum Vertragsgegenstand zu machen und die Vereinbarungen bis zum tatsächlich ausführenden Unternehmen seinem Angebot beizufügen oder bei späterem Einverständnis mit der Weitervergabe nachzuweisen. Dem Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften ist dieselbe Verpflichtung aufzuerlegen. In den Bezeichnungen zur Kennzeichnung der Beteiligten im entsprechenden Formular rückt der in einer Kette von Weitervergaben dem öffentlichen Auftraggeber nähere Nachunternehmer in die Position des im Vordruck so bezeichneten eigenen Auftraggebers ein.

6. Datenschutz

Für alle erbrachten Leistungen gelten ausdrücklich die Bestimmungen des Datenschutzrechts am Erfüllungsort (Brandenburgisches Datenschutzgesetz – Bbg DSG). Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen zu gewährleisten und umzusetzen. Daten, die dem Bieter im Rahmen dieser Vergabe bekannt werden, sind ausschließlich für diese Vergabe zu verwenden. Sie dürfen nicht an Dritte weitergegeben bzw. für andere Zwecke genutzt werden.